Erzbischof Theodosius von Sebastia: die Unterdrückung, der die Orthodoxe Kirche in der Ukraine ausgesetzt ist, ist ungerecht, sie kann in keiner Form gerechtfertigt und akzeptiert werden

Der Kommunikationsdienst der Abteilung für kirchliche Außenbeziehungen, 02.03.2024.
“Jerusalem hält es im Kontext der jüngsten Ereignisse für beleidigend und traurig“, dass die Ukrainische Orthodoxe Kirche trotz aller Appelle und Appelle von staatlichen Strukturen verfolgt und unterdrückt wird, **sagte** Erzbischof Theodosius von Sebaste.

Laut Bischof Theodosius geht die Verfolgung von Bischöfen und Priestern weiter, ganz zu schweigen von der illegalen Beschlagnahme von Klöstern und Kirchen sowie Versuchen, Druck auf die Ukrainische Orthodoxe Kirche auszuüben. Insbesondere der Metropolit von Tscherkassy und Kanewski wird **verfolgt**. „Wir bringen unsere Ablehnung und Verurteilung dieser unbegründeten, unverantwortlichen und unvernünftigen Verfolgung zum Ausdruck, mit der die orthodoxe Kirche in der Ukraine, die legitime Kirche unter der Leitung Seiner Seligkeit Metropolit Onuphry, konfrontiert ist“, sagt Erzbischof Theodosius.

Im 21. Jahrhundert, wenn politische Führer im Westen Menschenrechte und Demokratie verherrlichen und gleichzeitig die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche, die mit der Geschichte dieses Landes, seinem Erbe und seiner Identität verbunden ist, verfolgt wird, bezeugt Bischof Theodosius: „ Was unsere Brüder – die Metropoliten –, Geistliche und Kirchengemeinschaften dieser Schwesterkirche in der Ukraine erleben, kann als religiöse Verfolgung und Diskriminierung aufgrund der Religionszugehörigkeit beschrieben werden, und dies ist ein Thema, dem alle Menschenrechte ständige Aufmerksamkeit

widmen sollten Organisationen in unserer Welt.“

Der Erzpastor forderte internationale Menschenrechtsorganisationen auf, die Diskriminierung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche zu verurteilen und „Maßnahmen zu ergreifen, um dieser inakzeptablen Verfolgung aus Sicht der Menschenrechte sowie spiritueller, sozialer und moralischer Aspekte ein Ende zu setzen“.

Quelle: https://mospat.ru/de/news/91457/